

Presseinformation

Kiel, den 17.09.2026

Es gilt das gesprochene Wort

Christian Dirschauer

**TOP 23 Pflege und Beruf besser vereinbaren – pflegende
Angehörige stärken
Drs. 20/4772**

„Die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist nicht nur sozialpolitisch geboten, sondern auch mit Blick auf den Arbeits- und Fachkräftemangel eine wichtige Aufgabe.“

Laut letzter amtlicher Statistik waren im Jahr 2023 circa 175.000 Menschen in Schleswig-Holstein pflegebedürftig. Mehr als 80 Prozent von ihnen wurden zu diesem Zeitpunkt zu Hause versorgt. Viele sogar ganz ohne professionelle Hilfe durch ambulante Dienste. Nach Schätzungen des Verbands Pflegender Angehöriger sind allein in Schleswig-Holstein über 200.000 An- und Zugehörige in diese häusliche Pflegearbeit eingebunden. Das ist nicht nur eine riesige Gruppe von Menschen, sondern es ist vor allem auch eine enorm wichtige Arbeit und großartige Leistung. Ich finde, dafür können wir gar nicht dankbar genug sein! Pflegende Angehörige sind längst eine tragende Säule unseres Pflegesystems – nur behandeln wir sie politisch noch viel zu selten so.

Ein Dank allein reicht aber nicht. Natürlich verdienen pflegenden An- und Zugehörige unseren größten Respekt und unsere Anerkennung. Aber sie verdienen auch deutlich mehr politische Aufmerksamkeit und vor allem viel mehr konkrete Unterstützung. Und das ausdrücklich nicht nur zur Woche der pflegenden Angehörigen, sondern ganzjährig, umfassend und vor allem dauerhaft.

Mir ist bewusst, dass der SSW hier schon viele Dinge für pflegende An- und Zugehörige gefordert hat. Als Beispiele seien hier nur mal ein verbindlicher Plan zur Unterstützung dieser Gruppe, die Einführung eines flexiblen Entlastungsbudgets oder eine echte Lohnersatzleistung erwähnt. Gleichzeitig ist auch völlig klar, dass wichtige Stellschrauben auf Bundesebene liegen. Und doch muss ich ehrlich sagen, dass mich die bisherige Performance der Landesregierung in Sachen pflegende Angehörige enttäuscht. Klar: Das Land fördert das Pflegebistro und den Verein wir pflegen und unterstützt die Woche der pflegenden Angehörigen. Dann wird aber auch schnell auf

kommunale Zuständigkeiten und Selbsthilfe verwiesen. Mit dem vorliegenden Antrag starten wir einen neuen Versuch, um konkrete Unterstützung für pflegende An- und Zugehörige zu erreichen. In diesem Fall mit dem klaren Fokus auf die Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Berufsleben. Denn wir wissen, dass viele Menschen mit Pflegeverantwortung ihren Job einschränken oder sogar ganz aufgeben müssen. Mit dem Ergebnis, dass sie weniger verdienen und noch dazu bei der sozialen Absicherung benachteiligt sind. Wir fordern daher eine echte Wahlfreiheit für pflegende An- und Zugehörige. Wer pflegebedingt weniger arbeiten kann oder möchte, muss angemessen abgesichert sein. Und wer arbeiten möchte, darf daran nicht aufgrund fehlender Entlastungsangebote oder unflexibler Arbeitsbedingungen gehindert werden. Pflegeverantwortung darf nicht zur beruflichen Sackgasse werden.

Wer ehrlich ist muss zugeben, dass wir keine wirklich belastbaren Daten zur Frage der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf haben. Deshalb fordern wir eine genaue Untersuchung der Erwerbssituation pflegender Angehöriger. Die Ergebnisse sollen dann die Grundlage für den weiteren Prozess bilden. Wir fordern, dass das Land dann gemeinsam mit Sozialpartnern, Kammern, Kommunen, Pflegekassen, Sozialverbänden und den Interessenvertretungen eine Initiative für eine pflegesensible Arbeitswelt entwickelt. Und hierfür braucht es nun mal Pflege- und Entlastungsangebote, die verlässlich sind und daher nicht zuletzt von Landesseite aus gestärkt werden müssen.

Machen wir uns doch nichts vor: Ohne pflegende An- und Zugehörige wäre die pflegerische Versorgung in Schleswig-Holstein nicht aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig wollen viele dieser Menschen mit Pflegeverantwortung aber gerne wieder oder mehr arbeiten. Doch wir wissen gar nicht, über wie viele pflegende Angehörige mit einem solchen Wunsch wir in Schleswig-Holstein reden. Und wir wissen auch nicht, wer in welchem Umfang arbeiten möchte und wer aufgrund welcher Hürden oder fehlender Unterstützungsangebote am Zugang zur Arbeitswelt gehindert wird. Aus Sicht des SSW müssen wir hier dringend ran und bestehende Barrieren abbauen.

Eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist nicht nur sozialpolitisch geboten, sondern auch angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels eine wichtige arbeitsmarktpolitische Aufgabe. Aus Sicht des SSW müssen wir endlich mehr tun, um allen pflegenden Angehörigen, die arbeiten wollen, auch die Möglichkeit dazu zu geben. Voraussetzung für diese Wahlfreiheit sind auf der einen Seite verlässliche Pflege- und Entlastungsangebote. Und auf der anderen Seite eine Arbeitswelt, die deutlich mehr Rücksicht auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Pflegeverantwortung nimmt.

Wer Angehörige pflegt, übernimmt Verantwortung für uns alle. Sorgen wir dafür, dass diese Verantwortung nicht mit dem Verzicht auf berufliche Chancen bezahlt werden muss.

Hinweis: Diese Rede kann hier ab dem folgenden Tag als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek/>